

**Gegenstand: 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 mit den  
Nachtragshaushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und  
der Waisenhausstiftung  
Vorlage: 0536/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss und dessen empfehlendes Votum.

Zusätzlich zu der ausgewiesenen Verbesserung im Ergebnishaushalt von rund 650.000 €, die im Wesentlichen der positiven Entwicklung im Einnahmehereich zuzuschreiben ist, wurde auf Nachfrage von Herrn Rottmann festgestellt, dass im Bereich Zensus 2011 (Produkt 12110) gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz die Personalkosten doppelt verrechnet waren. Insoweit kann dort eine weitere Verbesserung von 100.000 € verbucht werden.

Da der Nachtragshaushalt nicht durch die Kommunalaufsicht genehmigt werden muss, wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, auf der entsprechenden Haushaltsstelle einen Sperrvermerk in dieser Höhe aufzunehmen, um die Mittel zu blockieren. Die Haushaltsverbesserung wird dann mit der Jahresrechnung 2011 wirksam.

Weitere Wortmeldungen zum Nachtragshaushalt werden nicht vorgebracht.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen - BGS-Fraktion und 1 Enthaltung - Münch-Weinmann, Bündnis 90/Die Grünen) die 1. Nachtragshaushaltssatzungen 2011 mit den Nachtragsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung.

**Gegenstand: Schaffung von Jugendräumen;  
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2011  
Vorlage: 0538/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch Frau Bürgermeisterin Kabs.

zu Frage 1.) Als erfreuliches Ergebnis der Prüfung ist zu vermerken, dass die unteren Räume der Jugendförderung in der Seekatzstraße für einen begrenzten Zeitraum zur Vermietung freigegeben werden konnten. Die Förderrichtlinien hierzu wurden von der Jugendförderung und dem Jugendstadtrat gemeinsam erarbeitet.

Weitere Räumlichkeiten wurden bisher nicht gefunden; städtische Räume stehen für diesen Zweck nicht zur Verfügung bzw. sind nicht geeignet.

zu Frage 2.) Durch Jugendstadtrat und Jugendförderung wurden eine Reihe von Räumlichkeiten in Betracht gezogen, z.B.:

- Nebengebäude der Halle 101
- Ehemaliges Restaurant Angelhof
- Gewerbehalle in der Austraße neben der Selbstwaschanlage
- Gewerbehalle in Speyer-West
- Truppenübungsgelände Dudenhofen
- CVJM-Häuschen in der Schützenstraße

zu Frage 3.) Frau Bürgermeisterin Kabs bleibt an der Sache, führt die Gespräche auch mit dem Jugendstadtrat, wenngleich sich diese schwierig gestalten. Private wollen immer sehr viel Geld für ihr Objekt oder es ist in der falschen Lage. Konkrete Gespräche mit der Bundeswehr und dem CVJM laufen noch.

Herr C. Ableiter regt an, auch Räume in der ehemaligen Celluloid-Fabrik zu prüfen, die für Musikbands früher sehr günstig anzumieten waren.

Herr Czerny schlägt vor, bei dem ehemaligen Kino in der Nähe des St. Guido-Stifts-Platzes zu prüfen, ob es für ein Jugendcafé oder Jugendräume geeignet wäre. Nach Kenntnis der Verwaltung, die ebenfalls schon an dem Objekt interessiert war, ist dies Privatgelände und wird verkauft.

Nach Auskunft des Vorsitzenden sind auch Überlegungen zum Güterbahnhof infolge privater Investitionen gescheitert. Auch im Industriebau sind die Mieten bereits erheblich gestiegen.

Die Verwaltung wird in der Sache weiter berichten, primär an den Jugendstadtrat.

Herr Jaberg bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage.

**Gegenstand: Verbesserung der Verkehrsführung in der Paul-Egell-Straße;  
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 07.06.2011  
Vorlage: 0540/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang auf Folgendes hin:

Die Thematik wurde bezüglich des Ist-Status bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 01.12.2009 mit dem Ergebnis behandelt, dass im Rahmen einer Konfliktplananalyse innerhalb des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) Lösungsansätze von Seiten der Verwaltung vorgetragen werden sollen. Einig war man sich innerhalb des Ausschusses, dass keine Einzelmaßnahmen durchgeführt werden, sondern der Konfliktplan innerhalb des VEP eine Priorisierung der Maßnahmen vornehmen sollte.

Derzeit werden verschiedene Lösungsalternativen ausgearbeitet und anschließend den Gremien vorgestellt. Ferner prüft die Verwaltung die Umbau-/Erweiterungsabsichten des Diakonissenkrankenhauses, da auch hierin die Verlagerung des Haupteinganges in die Paul-Egell-Straße Berücksichtigung finden wird. Gleiches gilt für eine mögliche Verlagerung der Rettungswache in diesen Bereich. Der Prüfauftrag ist insoweit schon bei der Verwaltung in Arbeit.

Herr Dr. Wintterle wendet ein, dass alle Anträge, die im Zusammenhang mit Verkehr stehen, bei der Verwaltung sehr lange liegen. Mit dem irgendwann kommenden VEP soll wohl alles besser werden, wie man hört. Allerdings sind die Zustände in der Paul-Egell-Straße derzeit unhaltbar, dass bis dahin vielleicht auch über eine provisorische Lösung nachgedacht werden sollte.

Aus Sicht des Vorsitzenden lassen sich aufgrund der beengten Verhältnisse in Speyer nicht alle Konfliktpunkte in eine positive Lösung überführen, vielleicht aber in verbesserte. Er nimmt den Antrag der SPD als Auftrag für eine kurzfristige Prüfung durch die Verwaltung, wobei eine Einbahnregelung ausgeschlossen werden kann, denn diese wäre in diesem Abschnitt sicher ein Stück aus dem Tollhaus.

Frau Ritthaler regt an, die Bebauung des ehemaligen Sara-Lehmann-Hauses unbedingt in die Verkehrsplanung miteinzubeziehen und Parkraum auf dem Grundstück auszuweisen.

Herr Feinler bezeichnet die Verkehrssituation im unteren Bereich der Paul-Egell-Straße als extrem schwierig, so dass Fahrzeuge über den Gehweg ausweichen und Fußgänger gefährden. Deshalb ist schnellstmöglich ein Provisorium zu schaffen.

Herr C. Ableiter bezeichnet Verkehrsverengungen im Großstadtverkehr als ganz normal. Daher sollten in vernünftigen Abständen Ausbuchtungen geschaffen werden, in denen man dem Gegenverkehr ausweichen kann oder in bestimmten Bereichen einseitig der Parkverkehr unterbunden werden, wenn schon eine Verbreiterung der Straße nicht möglich ist.

Herr Dr. Wintterle äußert, es handle sich nicht um einen politischen Antrag, insoweit sei die Formulierung "Tollhaus" etwas unangemessen. Die Geschwindigkeit des Verkehrs ist dort oft recht hoch. Er regt an, mobile Geschwindigkeitsanzeigen aufzustellen, die die Autofahrer über ihr gefahrenes Tempo reflektieren lassen. Solche Anlagen gibt es für Kommunen auch kostenfrei und über Werbesponsoren finanziert.

Laut Herrn Czerny sollte das Thema schon im Ausschuss für Umwelt und Verkehr aufgenommen werden, kam bisher aber nicht auf die Tagesordnung. Durch die Einrichtung von wechselseitigem Parken könnte der Verkehrsfluss insgesamt gewährleistet und die gefahrene Geschwindigkeit gedrosselt werden.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Verwaltungsspitze zu beauftragen, mögliche Verbesserungen der Verkehrsführung in der Paul-Egell-Straße zu überprüfen und dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr vorzustellen.

Dabei sind insbesondere auch kurzfristig umsetzbare, provisorische Maßnahmen zu berücksichtigen.

**Gegenstand: Sporthallen des Doppelgymnasiums - mögliche Schadstoffbelastung;  
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.06.2011  
Vorlage: 0541/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch den Vorsitzenden:

1. Es wurden 2002 und 2010 Messungen durch den TÜV Pfalz vorgenommen. Die Messungen 2002 wurden in den Unterrichtsräumen 203, 214, 212 und im Flur des Hans-Purmann-Gymnasiums durchgeführt. Untersucht wurde nach polychlorierten Biphenylen (PCB) und nach künstlichen Mineralfasern. 2010 wurden, ebenfalls durch den TÜV, Messungen in der Sporthalle vorgenommen. Es wurde untersucht nach Asbestfasern, künstlichen Mineralfasern und Gipsfasern.
2. Bei beiden Messungen wurden keinerlei Schadstoffe festgestellt.
3. Die Ergebnisse wurden immer an die Schulleitung gegeben; die Kommunikation innerhalb der Schule wird durch die Schulleitung gesteuert.
4. Die Schulen und die Hallen wurden mit gleichen Baumaterialien gebaut. Die Bauweise ist als einfach zu bezeichnen. Häufig vorkommende Schadstoffe in Gebäuden dieser Zeit sind: polychlorierte Biphenyle (PCB), polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), künstliche Mineralfasern (kMF) und Asbest. Die Gebäudedehnfugen sind ebenfalls kritische Baustoffe. Hier wurden in dieser Zeit oft PCB-haltige Baustoffe verwendet, diese wurden aber bereits 2002 untersucht. Asbest und kMF wurden sowohl 2002 als auch 2010 getestet. PAK kommt in teerhaltigen Klebstoffen oder Estrichen vor. PAK-haltiger Klebstoff wurde für Parkett verwendet; Parkett ist in den Schulen jedoch nicht verbaut. Die Kitte der Pfosten-Riegel-Fassade wurden vor Sanierungsbeginn durch ein Fachbüro für Bauwerksdiagnostik in Augenschein genommen und als unkritisch bewertet.
5. Es wurden Messungen für PCB, kMF und Asbest durchgeführt. PAK-haltige Baumaterialien wurden nicht verbaut.
6. Es wurden Raumluftmessungen angewendet.
7. Es fehlen nach Auffassung des Schulträgers keine Messungen
8. Nicht erforderlich (siehe Antwort zu Nr. 7).

Ergänzend weist er darauf hin, dass sich die Protokollnotiz auf Belastungen ausschließlich auf die außen verbauten Asbest-Platten bezieht, die zwischenzeitlich von einer Fachfirma demontiert und entsorgt wurden. Eine Schadstoff-/Faserfreisetzung wäre nur bei massiver mechanischer Einwirkung möglich. Im Sommer dieses Jahres ist die Sanierung der Gymnastikhalle vorgesehen. Die Außenplatten werden auch dort fachgerecht entsorgt.

Herr Dr. Wintterle bittet um schriftliche Beantwortung der Anfrage und um Übersendung der Messprotokolle, welche Räume beprobt wurden.

Herr Dr. Lorenz fragt nach, ob prophylaktisch bei allen städtischen Gebäuden auf problematische Baustoffe geprüft wird. Dies erfolgt nur auf begründeten Verdacht.

Herr C. Ableiter thematisiert zwei Todesfälle im Lehrerkollegium der Schulen und die Problematik von PCB-haltigen Kondensatoren bei Leuchten, die bei Beschädigungen schädliche Substanzen freisetzen können. Ein Screening dazu wird empfohlen, das zusammen mit der Feuersicherheitsbegehung erfolgen kann. Auch bei der Hochschule wurden noch völlig überraschend solche Kondensatoren gefunden.

Alle Altkondensatoren wurden im Bereich der Stadtverwaltung bereits vor geraumer Zeit ausgetauscht. Nach Auskunft des Vorsitzenden wurden die eben zitierten Todesfälle vom Gesundheitsamt untersucht. Dabei konnten keinerlei Feststellungen getroffen werden im Zusammenhang mit dem Objekt bzw. mit einer vergleichbaren Ursache bei beiden bedauerlichen Todesfällen.

**Gegenstand: Gestaltung des St.-Guido-Stifts-Platzes;  
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2011  
Vorlage: 0543/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch den Vorsitzenden.

**zu Frage 1.)** Aufgrund der Anregungen der Bürger im Rahmen der Bürgerveranstaltung am 07.06.2011 ergab sich keine Notwendigkeit, die Planung grundlegend zu verändern. Es erfolgte eine Anpassung in folgenden Details:

- Es sollen größere Bäume als bislang vorgesehen ausgeschrieben werden.
- Sofern nach der Ausschreibung das zur Verfügung stehende Finanzbudget noch nicht ausgenutzt sein sollte, sollen Spielgeräte angeschafft werden. Über die Art und den Standort wird dann nach der Ausschreibung entschieden.
- Die Stellplätze im Anliegerweg werden so weit von den Hauskanten abgerückt, dass die Klapppläden der Fenster noch problemlos geöffnet werden können.
- Im Weidenberg soll insbesondere aus Sicherheitsgründen eine Schutzhecke entlang der Mauer im südlichen Bereich angepflanzt werden.
- Der Anliegerweg bleibt vorerst zur Petschengasse offen; es soll kein Poller gestellt werden.
- Der Fahrbahnbereich auf der Höhe Weidenberg / Wormser Straße wird gemäß Stadtratsbeschluss vom 23.09.2009 mit farbigem Asphalt optisch abgesetzt.

**zu Frage 2.)** Die Radverkehrsführung war insofern nicht „im Plan enthalten“, weil es keine separaten Radwege im Platzbereich geben wird. Bei Ausweisung einer Tempo-30-Zone teilen sich Radverkehr und motorisierter Verkehr die Straßenfläche. Es dürfen dann keine separaten Radverkehrsanlagen eingerichtet werden.

Zukünftig soll jedoch der Kreuzungsbereich Hirschgraben / Petschengasse / Wormser Landstraße so umgestaltet werden, dass eine Vorauffläche für den Radverkehr entsteht (vergleichbar Einmündung Mühlturnstraße / Bahnhofstraße). Diese Maßnahme ist jedoch noch nicht Teil des derzeit geplanten Ausbaus und soll abschließend im VEP 2020 geklärt werden.

**Gegenstand: Vorlage des neuen Organisationskonzepts der Stadtverwaltung**  
**Vorlage: 0532/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Einleitend weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Organigrammseite gegenüber der versandten Fassung ausgetauscht werden muss. Eine entsprechende Austauschseite ging per E-Mail zu und wurde zusätzlich als Tischvorlage verteilt. Wesentlicher Unterschied ist die organisatorische Ansiedlung der Stadtentwicklung unmittelbar bei der Fachbereichsleitung 5 und nicht in einer Abteilungsstruktur.

Die übrigen Veränderungen, die im Organigramm farblich heller abgesetzt sind, werden vom Vorsitzenden erläutert.

Herr Schütt erkundigt sich nach den Gründen, warum das Lokale-Agenda 21-Management nicht in den Bereich Stadtentwicklung integriert werden soll. Die Erfahrungen aus anderen Städten zeigen ganz deutlich, dass dies sinnvoller wäre als ein Verbleib in der Abteilung Umwelt und Forsten.

Der Vorsitzende führt aus, dass Gespräche hierzu noch im Gange sind. Bislang wurde aus Gründen der Einbindung in die Arbeitsgruppenstruktur des externen Büros ICLEI (Freiburg), das das Nachhaltigkeitskonzept begleitet, eine interne Umstrukturierung nicht erwogen, um diesen Prozess nicht zu stören. Bis zur Einstellung des/der FBL(in) 5 kann dieser Entscheidungsprozess aber abgeschlossen werden.

Herr Preuß zeigt sich erfreut, dass die Wirtschaftsförderung doch dem OB unmittelbar unterstellt bleibt. Er hat eine Nachfrage zum Projekt "Lernen vor Ort", das als Bundesmaßnahme voraussichtlich nächstes Jahr ausläuft: bleibt dieses Projekt bestehen oder wird gewartet, bis neue Fördermittel in Aussicht sind? Nach Auskunft des Vorsitzenden will die Stadt das Projekt fest in den Bildungsbereich einbinden. Solange eine Förderung durch den Bund erfolgt, bleibt es wegen der Förderrichtlinien eine Stabsstelle der Bürgermeisterin. Eine weitere Bundesförderung erscheint möglich. Danach muss eine Prüfung erfolgen, welche Stellen im Rahmen des Stellenplans wie besetzt werden können.

Herr C. Ableiter verweist auf den grundlegenden Beschluss zu "Speyer 100 % regenerativ" und möchte wissen, an welcher Stelle sich diese Aufgabe bei der Stadtverwaltung wiederfindet. Nach Aussage des Vorsitzenden wird die Aufgabe intern von der Bauverwaltung wahrgenommen, extern wird sie von den städtischen Tochtergesellschaften SWS und GEWO vertreten.

Herr Roßkopf fragt nach, welche Qualifikationen der/die zukünftige Stadtplaner(in) haben soll. Ein(e) Bewerber(in) sollte nach Auffassung der Verwaltung eine akademische Ausbildung im Bereich Planung, Architektur o.ä. besitzen, wobei das Spektrum dabei weit offen bleiben soll.

Herr Dr. Winterle fragt nach, ob nun eine Zustimmung des Rates erforderlich ist oder nicht. Auch er kann nicht nachvollziehen, das Nachhaltigkeitsmanagement im Umweltbereich zu belassen, wenn eine ganzheitliche Stadtentwicklung ganz oben auf der Agenda steht. Die Wirtschaftsförderung als zentralen Bereich aus einer Stabsstelle in den Baubereich einzugliedern, stellt für ihn eine teilweise Demontierung der Aufgabe dar. Auch Aufgaben in verschiedene Fachbereiche zu splitten und damit mehreren Herren zu dienen erscheint ihm nicht zielführend (z.B. Sozialplanung FB 4 + 5). Außerdem wirft er die Frage auf, wie es mit

dem Dezernenten weitergeht. Nächste Woche kann schon wieder alles ganz anders sein, deshalb möchte er wissen, ob das vorgelegte Konzept das Ende der Fahnenstange darstellt.

Wenn die organisatorische Aufgabenverteilung zustimmungspflichtig ist, wird sich die SPD-Fraktion enthalten, weil diese Strukturierung der Ordnung des OB im eigenen Haus dient. Außerdem erscheint das Konzept bei Nachhaltigkeit und Wirtschaftsförderung zu kurz gesprungen.

Der Vorsitzende führt dazu aus, dass Organisationsfragen innerhalb der Verwaltung grundsätzlich nicht zustimmungspflichtig sind, aber es existiert ein Beschluss des Rates vom Dezember 2009, dass Straßen, Brücken, Schilder dem Dezernat III zugeordnet werden. Deshalb ist eine formelle Aufhebung dieses Beschlusses notwendig.

Er sei auf 8 Jahre gewählt und wisse selbst noch nicht, ob dies das endgültige Organigramm der Verwaltung darstellt.

Bis Ende des Jahres werden offene Fragen noch geklärt. Eine Degradierung der Wirtschaftsförderung sieht er nicht, weil die Stadtentwicklung zentraler Bestandteil seines Arbeitsschwerpunktes ist.

Herr Dr. Jung bezeichnet die Konzeption als typisches Beispiel dafür, dass bei der Personalentwicklung der Stadt auch neue Ideen - z.B. mit der Bildung von Arbeitsgruppenstrukturen - aufgegriffen werden müssen, insbesondere bei einer Größenordnung wie Speyer, wo nicht alle Aktivitäten in Vollzeitstellen abgebildet werden können. Die Erstellung des Nachhaltigkeitsprogrammes ist bereits im Gange. Daher äußert er keine Bedenken, wenn die Lokale Agenda 21 bei Umwelt und Forsten bleibt.

Nach Auffassung von Herrn Jaberg sollte man die Organisation der Verwaltung einfach zustimmend zur Kenntnis nehmen, außer dem notwendigen Beschluss zur Rückführung der Dezernatsaufgaben; Vorstellung, Kenntnisnahme und Aussprache darüber ja, aber ansonsten sollte man die innere Organisation der Verwaltung dem OB überlassen.

Auch Herr C. Ableiter stellt fest, dass man die Organisationsfreiheit des OB nicht mit solchen Stadtratsbeschlüssen einengen sollte, sonst müsste sich der Rat ständig mit derartigen Fragen beschäftigen. Deshalb sollte einfach nur der alte Ratsbeschluss aufgehoben werden, um die Souveränität wiederherzustellen. Redaktionell schlägt er vor, die Fachbereiche durchgängig mit arabischen Ziffern zu nummerieren, um sie von den Dezernaten abzuheben.

Herr Dr. Wintterle stimmt dem zu, hält es aber trotzdem nicht für sinnvoll, die Lokale Agenda 21 im Fachbereich 2 zu belassen.

Nach Ansicht von Herrn Preuß ist Nachhaltigkeit auch für den Fachbereich 2 besonders wichtig, z.B. im Bereich Verkehrsführung und -entwicklung. Letztendlich sollte man es aber der Verwaltung überlassen, ob die Aufgabe dezernatsübergreifend bei der Stadtentwicklung oder dem Fachbereich 2 angesiedelt wird.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister einstimmig die Organisationsfreiheit über die Aufgabenzuordnung innerhalb der Stadtverwaltung und nimmt das vorgelegte Organisationskonzept zustimmend zur Kenntnis.

Der Stadtratsbeschluss vom 17.12.2009 bezüglich der Zuordnung von Straßen, Brücken und Beschilderung aus dem Dezernat I zum Dezernat III wird einstimmig aufgehoben.

**Gegenstand: Lokale Agenda 21, Einführung eines Nachhaltigkeitsmanagements für die Stadt Speyer, Konzept Stand 02.05.2011, Sachstandsbericht  
Vorlage: 0521/2011**

Der Vorsitzende stellt Frau Sandra Süß, die seit dem 01.01.2011 als Nachhaltigkeitsmanagerin im Rahmen der Lokalen Agenda 21 beschäftigt ist, kurz persönlich vor und bittet sie um ein Referat zum Stand der Einführung des Nachhaltigkeitskonzeptes für die Stadt Speyer.

Die Vorlage und die Präsentation sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Süß erläutert in einer umfangreichen Powerpoint-Präsentation die Inhalte des Nachhaltigkeitskonzeptes, die erforderlichen Arbeitsschritte dafür und den Ablauf der weiteren Umsetzung, basierend auf der Erstellung eines ersten Nachhaltigkeitsberichtes, der anhand einer Matrix-Struktur ausgearbeitet wird und alle 3-5 Jahre fortgeschrieben werden soll. Das Nachhaltigkeitsmanagement orientiert sich an ausgewählten Nachhaltigkeitsindikatoren, die mittels eines Ampelsystems bewertet werden. Diese Indikatoren(sets) werden in Arbeitsgruppen behandelt und von dort dem Lenkungsausschuss vorgelegt. Die Verabschiedung des Nachhaltigkeitsberichtes obliegt am Ende dem Stadtrat.

Herr Schütt begrüßt die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes, der von den Grünen seit Jahren gefordert wurde, seiner Ansicht nach aber nur ein Gerüst darstellt. Er will einige Anmerkungen dazu machen und stellt fest, dass bereits eine Reihe von Ratsanträgen zu dem Themenkomplex existieren. Er sieht die Gefahr einer binnenorientierten Abarbeitung des Themas innerhalb der Verwaltung und verweist auf die Schwierigkeit, dies in der Bevölkerung zu platzieren. Deshalb regt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Bürgerbeteiligung schon in der Arbeitsgruppenphase an.

Der Vorsitzende bestätigt, dass es sich bei dem ersten Nachhaltigkeitsbericht nur um ein Gerüst handeln kann, nämlich die Statusfeststellung. Allerdings erkennt er ein Erfordernis, für die Bürgerbeteiligung eine gewisse Strukturierung durch die Verwaltung zu erarbeiten. Herr Schütt wirft ein, schon bei der Datenerhebung eine Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Nach Auskunft des Vorsitzenden werden Daten bereits intern und extern durch Frau Süß abgefragt.

Herr C. Ableiter bedankt sich für den guten Ansatz und bringt nochmals das Thema Elektromobilität ins Gespräch, die für den ÖPNV von der BGS-Fraktion bereits seit längerem gefordert wird.

Frau Dr. Montero-Muth begrüßt die Ansätze für eine Art Qualitätsmanagement auf Indikatorbasis sehr und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass vielleicht Konsens über die Bildung bestimmter Schwerpunkte für ein Benchmarking möglich wird, für das die Stadt gegenüber anderen Gemeinden eine Vorreiterrolle übernehmen könnte. Der Berichtszeitraum von 3-5 Jahren erscheint ihr zu lange, da der Rat alle 5 Jahre neu gewählt wird und damit immer neue Akteure auf der Bildfläche erscheinen.

Frau Seiler bittet, die Präsentation digital zur Verfügung stellen.

Aus der Sicht von Herrn Dr. Jung muss Nachhaltigkeit von den Menschen gelebt werden. Dieses Bewusstsein in die Bevölkerung zu bringen, muss nach der Phase der Standortbestimmung Schwerpunkt der politischen Arbeit werden.

Auch Herr Preuß bedankt sich für die aufschlussreiche, fundierte Präsentation von Frau Süß und hofft auf eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit in diesem breitgefächerten Aufgabenfeld.

Der Vorsitzende ruft die Ratsmitglieder dazu auf, sich an Frau Süß zu wenden, wenn nach schriftlicher Vorlage der Präsentation noch Ideen für weitere Indikatoren vorliegen sollten.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.06.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

---

**Gegenstand: Neufassung der Hundesteuersatzung**  
**Vorlage: 0513/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) und des § 5 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für Rheinland-Pfalz vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 15.02.2011 (GVBl. S. 25) einstimmig die in der Anlage befindliche Satzung über die Erhebung von Hundesteuer der Stadt Speyer.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.06.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

---

**Gegenstand: Neufassung der Vergnügungssteuersatzung**  
**Vorlage: 0514/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) und des § 5 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für Rheinland-Pfalz vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 15.02.2011 (GVBl. S. 25) einstimmig die in der Anlage befindliche Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer der Stadt Speyer.

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der WES -  
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Speyer mbH  
(WES) und Ergebnisverwendung  
Vorlage: 0535/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (WES) hat in seiner Sitzung am 06.06.2011 den Jahresabschluss 2010 der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (WES) festgestellt und den Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses 2010 gefasst.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01.01.2010 – 31.12.2010 wird wie folgt festgestellt:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2010 800.993,01 €

Die Gewinn- und Verlustrechnung vom  
01.01.2010 bis 31.12.2010 schließt  
mit einem Jahresfehlbedarf von 4.473,37 € ab.

Der Jahresfehlbedarf in Höhe von 4.473,37 € wird auf das neue Rechnungsjahr vorgetragen.

Der Stadtrat nimmt einstimmig den Jahresabschluss 2010 der WES GmbH mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer zustimmend zur Kenntnis.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.06.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

---

**Gegenstand:** Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der Gemeinnützigen  
Wohnungsbaugesellschaft Speyer GmbH (GEWO) und  
Ergebnisverwendung  
**Vorlage:** 0537/2011

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat nimmt einstimmig den Jahresabschluss der GEWO GmbH zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt den Gesellschaftern die Annahme des Gewinnverwendungsvorschlages der Geschäftsführung.

**Gegenstand: Jugendstadtrat Speyer - Festsetzung des Wahltermins 2011**

Der Vorsitzende informiert darüber, dass der Stadtrat nach § 2 Abs.1 der Satzung der Stadt Speyer zur Einrichtung einer Jugendvertretung von 2009 einen Wahltermin für die anstehende Neuwahl des Gremiums festlegen muss. Gemeinsamer Vorschlag von Jugendstadtrat und Verwaltung wäre der 8. Dezember 2011.

Außerdem schlägt der Jugendstadtrat noch eine Änderungssatzung vor, die dem Rat noch zum Beschluss vorgelegt werden muss, aber noch nicht vollständig ausgearbeitet ist und voraussichtlich nach der Sommerpause in den Stadtrat kommt. Da die Jugendförderung aber noch in den Ferien damit beginnen will, die Ausschreibung der Wahlen auf den Weg zu bringen, wird der Stadtrat gebeten, folgenden Eckdaten hierzu bereits vorab zuzustimmen:

- Wählbarkeitsalter bis vollendetes 19. Lebensjahr (bisher 18.)
- Änderung der Bezeichnungen in die neuen Schultypen (IGS, RS+)
- Erhöhung der Zahl der Vertreter pro Schule auf je 2 (bisher je 1)
- Aufnahme der RS+ Römerberg-Dudenhofen in den Wahlbezirk

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Wahltermin am 08.12.2011 für die Wahl des neuen Jugendstadtrates einstimmig zu.

Er billigt darüber hinaus vorab die vom Jugendstadtrat vorgeschlagenen Änderungen zum Modus der Jugendstadtratswahl (Wählbarkeitsalter, Änderung von Schultypen, Aufnahme weiterer Schulen, Anzahl der Vertreter pro Schule), die noch in einer Vorlage zur Änderung der Satzung über die Jugendvertretung nach der Sommerpause formal beschlossen werden müssen.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.06.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

---

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen**

Ausschussumbesetzungen werden nicht vorgeschlagen.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.06.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

---

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**  
**Vorlage: 0539/2011**

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteile des Beschlusses.

Frau Münch-Weinmann hat eine Nachfrage zum Modus bei der Abwicklung von Spenden an Schulen.

Herr C. Ableiter freut sich immer wieder über die immensen Summen der Thor-Stiftung, die an Speyerer Bildungseinrichtungen gehen. Er regt an, diese mit einer Ehrung für ihr großes Engagement zu bedenken. Die Fa. Thor wünscht eine solche Hervorhebung nach persönlichen Informationen des Vorsitzenden ausdrücklich nicht.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.06.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

---

**Gegenstand: Ermächtigung des Haupt- und Stiftungsausschusses während der Sommerpause**

**Beschluss:**

Der Stadtrat ermächtigt den Haupt- und Stiftungsausschuss einstimmig, wichtige Entscheidungen, die dem Rat vorbehalten sind, während der Sommerferien vom 27.06.2011 bis zum 05.08.2011 an Stelle des Rates zu treffen.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.06.2011



16. Sitzung des Stadtrates 21.06.2011 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!